



Zur Diskussion über den kommunalen Klimanotstand.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

in immer mehr deutschen Kommunen wird unter dem Druck der Fridays-for-Future-Demonstrationen derzeit der sogenannte „Klimanotstand“ ausgerufen oder wenigstens der Antrag dazu gestellt. Damit sollen die Städte und Gemeinden verpflichtet werden, dem Klimaschutz bei allen Entscheidungen von Politik und Verwaltungen höchste Priorität einzuräumen. Zunächst nur ein rein symbolischer Akt, kann so ein Klimanotstand unter Umständen schwerwiegende Folgen mit sich bringen. Die Entscheidung, ob die Freien Demokraten die Ausrufung eines Klimanotstands vor Ort unterstützen, bleibt natürlich den jeweiligen Kreisverbänden bzw. Fraktionen überlassen. Als klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion rate ich jedoch davon ab.

Klimaschutz in den Kommunen

Wir haben als Freie Demokraten auf unserem Parteitag im April ein sehr ambitioniertes Klimaschutzkonzept beschlossen (<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/05/06/2019-04-27-bpt-liberale-klimapolitik.pdf>), das wir offensiv vertreten können. Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Zielen des Pariser Abkommens und haben die Rahmenbedingungen formuliert, wie wir in Deutschland und Europa unseren Beitrag dazu leisten können, diese Ziele zu erreichen. Auch auf kommunaler Ebene kann und soll Klimaschutz natürlich eine Rolle spielen. Wohl wissend, dass die Bedingungen vor Ort jeweils völlig unterschiedlich sind und es kein überall passendes Musterkonzept gibt, wollen wir unseren Kommunalpolitikern als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag demnächst eine Reihe von unverbindlichen Vorschlägen an die Hand geben, die in den einzelnen Kommunen geprüft und ggf. umgesetzt werden könnten. Beispielsweise können Konzepte zur Stadtbegrünung, zur Veränderung der Wärme-Infrastruktur (z.B. Geothermie, KWK...) oder auch zur dezentralen Energieversorgung Möglichkeiten bieten, Städte und Gemeinden klimafreundlich zu gestalten. Für Fragen dazu oder auch ein gemeinsames Brainstorming stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. Zunächst aber vorab ein paar Gründe, weshalb ich es für eine schlechte Idee halte, den Klimanotstand auszurufen.

„Klimanotstand“ – was bedeutet das eigentlich?

Der Notstand ist als politischer Begriff in Deutschland insbesondere mit den Notstandsgesetzen verbunden, durch die der Regierung in besonderen Situationen besondere Machtbefugnisse übertragen werden – so werden beispielsweise demokratische Entscheidungsprozesse „vereinfacht“ (d.h., sie können übergangen werden) und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger können zeitweilig eingeschränkt werden (https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Notstandsgesetze). Beim sogenannten „Klimanotstand“ handelt es sich zunächst nur um einen symbolischen Begriff, der die Dringlichkeit beschreibt, in Sachen Klimaschutz zu handeln. Das Wort ist aber sicherlich nicht zufällig gewählt – denn wie der „normale“ Notstand drückt auch der Klimanotstand aus, dass alle anderen Themen in den Hintergrund rücken müssen

Mögliche Konsequenzen des Klimanotstands

Im Klimanotstand soll das politische Handeln möglichst vollständig auf den Klimaschutz ausgerichtet sein. Auf jeden Fall gilt: Im Zweifel für den Klimaschutz! Angesichts knapper Mittel kann dies sehr schnell dazu führen, dass soziale Projekte, Bildung oder Infrastruktur nicht mehr ausreichend finanziert werden können. Auch die

örtliche Wirtschaft mit all ihrer Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen kann bei Interessenskonflikten schnell das Nachsehen haben. Zwar geben die kommunalen Parlamente ihr Haushaltsrecht damit nicht offiziell ab – de Facto schränken sie sich in ihrer freien Entscheidung allerdings sehr stark ein. Denn der jetzt schon spürbare öffentliche Druck wird gerade auf die Politiker noch steigen, die den Klimanotstand anerkannt haben. Und der absolute Vorrang des Klimaschutzes kommt natürlich besonders dann zum Tragen, wenn es Zielkonflikte gibt: Wenn beispielsweise die Turnhalle oder das Schwimmbad geschlossen werden muss, weil wegen der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude kein Geld für die Renovierung zur Verfügung steht. Oder wenn die Forderung nach einer autofreien Innenstadt die Existenz vieler kleiner und mittelständischer Betriebe und damit auch vieler Arbeitsplätze bedroht. Wer zuvor den Klimanotstand befürwortet hat, tappt in eine Glaubwürdigkeitsfalle, wenn er im Ernstfall dann doch anders entscheidet.

Kommunaler Klimaschutz sollte nicht aus purem Aktionismus redundant zu bestehenden Klimaschutzinstrumenten des Bundes oder gar der Europäischen Union, sondern stets mit Augenmaß für Wechselwirkungen mit der bestehenden Klimaschutzpolitik in Angriff genommen werden. Sonst besteht die Gefahr von Wirkungsverlusten und Ressourcenverschwendung. Beispiele hierfür sind kommunale Maßnahmen einer Dekarbonisierung der Stromversorgung oder kommunale Förderprogramme zur Erhöhung der Stromeffizienz, die über die Anreizwirkung des Zertifikatshandels im Rahmen des EU-Emissionshandels hinausgehen. Diese Maßnahmen verursachen für die Kommunen hohe Kosten, haben aber keinen zusätzlichen Klimaschutzeffekt.

Wenn aber dem Klimaschutz unbedingter Vorrang eingeräumt wird, droht andererseits die Akzeptanz dafür zu schwinden. Denn die momentane Begeisterung in Teilen der Bevölkerung ist erfahrungsgemäß schnell gefährdet, sobald die Bürgerinnen und Bürger selbst von den Folgen betroffen sind. Außerdem können Politik und Verwaltung in ihrem Handeln gelähmt werden, wenn jede Entscheidung auf ihre Klima-Wirkung hin untersucht werden muss. Denn oft liegen die Dinge nicht so einfach, wie sie vielleicht auf den ersten Blick erscheinen. Schon die Sperrung einzelner Straßen für den Autoverkehr führt nicht zwangsläufig zu weniger, sondern unter Umständen sogar zu mehr Verkehr, weil Umwege gefahren werden. Und wenn die Kommune nur Geld für die Stadtbegrünung oder Solaranlagen auf den Dächern öffentlicher Gebäude hat, müsste die jeweilige Wirkung erst aufwändig geprüft werden. Das kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld – und damit ist auch dem Klima am Ende nicht geholfen.